



Protokoll der 1. Sitzung

vom 10. Januar 2005, 08.00 Uhr
im Kantonsratssaal in Schaffhausen

- Vorsitz: Susanne Günter
- Protokoll: Erna Frattini
- Präsenz: Während der ganzen Sitzung abwesend:
Dino Tamagni.
Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt):
Regierungsrat Erhard Meister.
- Traktanden:
1. Eröffnung durch den Alterspräsidenten,
Kantonsrat Gerold Meier Seite 2
 2. Bestimmung der Stimmzähler/innen
und der Protokollführerin Seite 5
 3. Kenntnisnahme vom Wahlergebnis und
Inpflichtnahme des Rates Seite 5
 4. Wahl des Regierungspräsidenten Seite 6
 5. Wahl der Kantonsratspräsidentin Seite 7
 6. Wahl des Ersten Vizepräsidenten Seite 7
 7. Wahl des Zweiten Vizepräsidenten Seite 8
 8. Wahl der Stimmzähler Seite 8
 9. Wahl der Kantonsratssekretärin Seite 11
 10. Inpflichtnahme des Alterspräsidenten Seite 18
 11. Inpflichtnahme der Kantonsratssekretärin
und ihres Stellvertreters Seite 19

12.	Inpflichtnahme des Regierungsrates	Seite 19
13.	Bericht und Antrag des Büros betreffend Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates Schaffhausen (Verkleinerung der Gesundheitskommission) vom 10.12.2004	Seite 19
14.	Wahl der Geschäftsprüfungskommission	Seite 21
15.	Wahl der Justizkommission	Seite 22
16.	Wahl der Petitionskommission	Seite 22
17.	Wahl der Gesundheitskommission	Seite 23
18.	Wahl des Preiskuratoriums „Schaffhauser Preis für Entwicklungszusammenarbeit“	Seite 23
19.	Wahl der Verwaltungskommission der Schaffhauser Bauernkreditkasse	Seite 24
20.	Wahl des Bankpräsidenten der Kantonalbank	Seite 25
21.	Wahl des Bankrates der Kantonalbank	Seite 26
22.	Wahl des Präsidiums der Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung	Seite 27
23.	Wahl der Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung	Seite 27
24.	Wahl der Revisionsstelle der Gebäudeversicherung	Seite 28

*

1. Eröffnung durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident Gerold Meier (FDP): Als Alterspräsident eröffne ich gemäss § 25 der Geschäftsordnung des Kantonsrates die erste Sitzung und damit die 33. Legislaturperiode, und ich bestimme die vom Regierungsrat vorgeschlagene Traktandenliste als provisorische Tagesordnung.

Das Wort wird nicht verlangt. Die provisorische Traktandenliste ist somit definitiv geworden.

Alterspräsident Gerold Meier (FDP): „Mer hahn en neue Oberkeet.“ So beginnt eine Kantate von Johann Sebastian Bach, die ich gerne zur Begrüssung der neu gewählten Regierungsrätinnen ab Tonträger vorgespielt hätte. Ich denke: Mich tolerieren Sie noch, Johann Sebastian Bach hätten Sie wohl bei den vielen anstehenden Wahlgeschäften nicht mehr toleriert. Die Kantate ist aufgeführt worden zum Fest, als die Untertanen dem neuen Grundherrn von Dieskau huldigten. Wir huldigen Ihnen nicht, Frauen Regierungsrätinnen. Weil wir in einer Demokratie leben, erwarten wir einfach, dass Sie nach Kräften dem Schaffhauser Volk dienen, womit ich Sie als neue Mitglieder des Regierungsrates herzlich begrüsse.

Unser Kanton ist winzig klein auf dem Globus, der seinerseits winzig klein erscheint in unserm Sonnensystem und erst recht im Weltall. Vor eineinhalb Jahrhunderten hat sich unser Kanton mit den andern Kantonen zum neuen Bundesstaat, dem Nationalstaat Schweiz, zusammengeschlossen. Seither haben sich auf der Erde weitere selbstständige Staaten zu grösseren Einheiten zusammengeschlossen. Wir haben heute die Zusammenschlüsse der Kontinente. So ist Europa daran, den bisherigen Zusammenschluss mit oder ohne uns fast bis an seine geografischen Grenzen und darüber hinaus weiterzuführen. Auch auf den andern Kontinenten spielen sich Konzentrationen ab. Es scheint, dass sie die im vorletzten Jahrhundert entstandenen Nationalstaaten ablösen, welche die Politik des letzten Jahrhunderts nicht zuletzt mit der Entfesselung von zwei unfassbaren Weltkriegen geprägt haben. Ist dies aus der Sicht der Friedenswahrung zu begrüssen? Oder haben wir zu befürchten, dass Kontinentalblöcke einmal noch gewaltigere Konflikte auslösen als die Nationalstaaten? Denken wir dazu noch an die schon ziemlich weit verbreiteten Massenvernichtungswaffen, so scheint mir die Stärkung der Vereinten Nationen als vorläufig einzige Friedenswahrerin das wichtigste weltpolitische Anliegen für die ganze Menschheit zu sein.

Zurzeit geistern Ideen im Lande herum, für die ich wenig Verständnis habe: Alles schreit nach Wachstum, alles soll quantitativ zunehmen. Nicht wirtschaftliche Grösse ist anzustreben, anzustreben ist die Verwirklichung menschlichen Masses und menschlicher Würde in Freiheit. Haben die nach Grösse Strebenden nicht erkannt, dass bei uns viele Menschen mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufrieden sind, nicht immer noch mehr verdienen wollen, sondern mehr Zeit für eine freie Lebensgestaltung anstreben? Teilzeitarbeit nimmt zu. Ich habe aber noch nirgends gelesen, dass die Wirtschaftsführer die gewonnene Freizeit – die Freizeit der Arbeitnehmenden – in ihre Wachstumsstatistik einbezogen hätten. Es ist nicht sinnvoll, noch mehr Menschen in unsern Kanton zu drängen, damit hier immer noch mehr produziert wird. Sinnvoll ist es, wenn möglichst viel Freiheit für möglichst viele

möglich wird, und dazu gehört auch die Freiheit des Armen, seine Existenz gesichert zu wissen. Ich halte das Bestreben der Politiker, die Wirtschaft zu beeinflussen, ohnehin für abwegig. Gross geworden ist die Schweizer Wirtschaft in einem Umfeld der Freiheit und der Beschränkung des Staates auf Gerechtigkeit, Bildung und Schutz der Menschen. Bei all dem, heisse es nun sh.auf oder wie auch immer, kommt mir immer der Freiherr von Münchhausen in den Sinn, der sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen wollte.

Wenn ich schon etwas zur Wirtschaft sagen darf, dann greife ich das schwerwiegendste Problem, die Arbeitslosigkeit, heraus. Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt die Folge mangelnder Flexibilität unserer Wirtschaft. Die Arbeitslosen leiden an unserer Gesellschaft. Sie tragen ein seelisch schwer drückendes Schicksal, das wir mit der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe zwar lindern, aber nicht beheben. Unsere technisch hoch entwickelte Wirtschaft lässt den meisten Arbeitslosen keine Möglichkeit, von sich aus etwas zu produzieren und in den Wirtschaftskreislauf einzuschleusen. Den allermeisten fehlen das Kapital und die Ausbildung, so dass sie sich nicht als Selbstständigerwerbende in unsere komplexe Wirtschaft einzugliedern vermögen. Ich löse das Problem nicht von diesem Alterspräsidentensessel aus. Immerhin ein paar Vorschläge zusätzlich zu den höchst wertvollen Initiativen, die ausserhalb der staatlichen Massnahmen wirken: Die Berater sollten die Möglichkeit bekommen, den Arbeitslosen Wirkungsmöglichkeiten anzubieten wie Pflanzland zum Bebauen eines eigenen Gartens, Anleitung und die nötigen Mittel zur Schaffung von selbst gefertigten Werken etwa in einer Freizeitwerkstatt oder Anregung zu künstlerischem Tun. Betreuung Betreuungsbedürftiger könnte manchen Arbeitslosen eine erfüllte Lebenszeit bringen. Alle Glieder unserer Gesellschaft sollten Werte schaffen können.

Schliesslich noch eine Bemerkung zu unserer lokalen politischen Realität und zu unserer Tätigkeit hier im Rat: Da plagen wir uns mit ein paar Schlagworten, die ihren Sinn weit gehend verloren haben: Ewig der Schlagabtausch zwischen Links und Rechts. Der Begriff links kommt aus der Sitzordnung in der Nationalversammlung der französischen Revolution. Wer noch liberaler, freiheitlicher war, kam auf die linke Seite ganz aussen zu sitzen, und zwar gesehen vom Präsidenten aus, gesehen von meiner Warte aus. Wo sitzen heute die wirklich Liberalen? Sitzen sie am linken Rande des Saales, eben vom Präsidenten aus gesehen? Es würde mich freuen, wenn Sie zum Schluss kämen: Einer sitzt jedenfalls auf dem Sessel des Alterspräsidenten. Unter dem Aspekt „liberal“ fällt es mir schwer, hier im Saal Noten zu verteilen. Die Topographie jedenfalls stimmt für mich nicht mehr.

Und dann das ewige Sich-Berufen darauf, man sei bürgerlich. Bürgerliche Parteien sind Parteien, die das Allgemeinwohl anstreben, sie sind nicht Klassenparteien. Früher waren die Sozialisten nicht bürgerlich. Aber sind sie es heute noch immer nicht? Heute sind doch alle Parteien hier bürgerlich. Etwas Mühe macht es mir eher, wenn eine Partei sich allzu sehr von einem Teil des Volkes getragen sehen will, etwa von der Wirtschaft. Ist sie dann noch wirklich bürgerlich?

Früher war von auswärtigen Besuchern unseres Parlamentes zu vernehmen, hier hörten die einzelnen Mitglieder bemerkenswerterweise noch aufeinander. Das ist Geschichte und, so hoffe ich, auch Zukunft. Zurzeit kommen die Fraktionen, die Machtanteilsgruppen, mit vorgefasster und kollektiv einheitlicher Meinung an die Sitzung. Warum kommen sie überhaupt an die Sitzung? Sie könnten ja der Präsidentin – wir werden nächstens sicher eine Präsidentin wählen – einen Brief senden und ihr mitteilen, wie sie stimmen. Aber sie kommen, um Fraktionserklärungen abzugeben, die zuvor schon in der Zeitung zu lesen waren. Bitte, bitte: Keine Fraktionserklärungen mehr, die nichts zur Erleuchtung der Ratsmitglieder beitragen, sondern nur Demonstrationen zur Festigung des eigenen kollektiven Machtanteils sind. Dafür bitte: Hören Sie aufeinander und – das geht hier vielleicht zu weit – hören Sie auch auf mich!

Damit habe ich etwas sagen dürfen, mit dem Sie nun als gute Demokraten tun können, was Sie wollen. Ich habe nach Ihrer Auffassung zu viel Ihrer wertvollen Zeit beansprucht. Aber ich durfte das, und Sie dürfen sich nun anstrengen, das lange Wahlprozedere so speditiv wie möglich abzuwickeln.

Der Rat applaudiert.

*

2. Bestimmung der Stimmzähler und der Protokollführerin

Alterspräsident Gerold Meier (FDP) schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder **Eduard Joos** und **Gottfried Werner** und als Protokollführerin **Erna Frattini** vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Die Vorgeschlagenen sind somit gewählt.

*

3. Kenntnisnahme vom Wahlresultat und Inpflichtnahme des Rates

Alterspräsident Gerold Meier (FDP): Der Kantonsrat hat nach § 26 der Geschäftsordnung und nach § 44 der Proporzwahlverordnung vom Wahlre-

sultat Kenntnis zu nehmen. Die Ergebnisse der Erneuerungswahl des Kantonsrates für die Amtsdauer 2005 – 2008 vom 26. September 2004 sind mit dem Amtsblatt Nr. 40 vom 1. Oktober 2004 veröffentlicht worden. Gegen diese Wahl sind in der dreitägigen Frist nach Veröffentlichung des Resultates – ich verweise auf Art. 82^{bis} Abs. 2 des Wahlgesetzes – keine Beschwerden eingegangen.

Ich frage Sie: Wird dazu das Wort verlangt?

Das Wort wird nicht gewünscht. Damit hat der Kantonsrat vom Wahlresultat Kenntnis genommen.

Alterspräsident Gerold Meier (FDP): Wir kommen zur **Inpflichtnahme des Kantonsrates**. Zur Feststellung der Präsenz bitte ich die Protokollführerin, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von insgesamt 79 Ratsmitgliedern.

Die 78 anwesenden Mitglieder des Kantonsrates werden von **Alterspräsident Gerold Meier** in Pflicht genommen.

*

4. Wahl des Regierungspräsidenten

Mit Brief vom 4. Januar 2005 schlägt der Regierungsrat dem Kantonsrat **Regierungsrat Heinz Albicker** zur Wahl als Regierungspräsident für das Jahr 2005 vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	79
Ungültig und leer	8
Gültige Stimmen	71
Absolutes Mehr	36
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :	
Heinz Albicker	67
Vereinzelte	4

5. Wahl der Kantonsratspräsidentin

Die **FDP-Fraktion** schlägt **Susanne Günter** zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel		79
Ungültig und leer		3
Gültige Stimmen		76
Absolutes Mehr	39	
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :		
Susanne Günter		74
Vereinzelte		2

*

6. Wahl des Ersten Vizepräsidenten

Die **SVP-Fraktion** schlägt **Alfred Sieber** zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel		79
Ungültig und leer		9
Gültige Stimmen		70
Absolutes Mehr	36	
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :		
Alfred Sieber		68
Vereinzelte		2

*

7. Wahl des Zweiten Vizepräsidenten

Die **SP-Fraktion** schlägt **Matthias Freivogel** zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	79
Ungültig und leer	2
Gültige Stimmen	77
Absolutes Mehr	39
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :	
Matthias Freivogel	46
Peter Gloor	30
Vereinzelte	1

*

Alterspräsident Gerold Meier (FDP): Vor der Behandlung des Traktandums 8 erlaube ich mir – wie es der Tradition entspricht –, sofern Sie keinen Einspruch dagegen erheben, zur Beschleunigung des Wahlganges ein zweites provisorisches Wahlbüro zu ernennen.

Es wird kein Einspruch dagegen erhoben.

Alterspräsident Gerold Meier (FDP): Als weitere Stimmzähler bestimme ich Karin Spörli und Hermann Beuter.

*

8. Wahl der Stimmzähler

Als Stimmzähler für das Jahr 2005 werden von der **ÖBS-EVP-Fraktion Rainer Schmidig** und von der **SVP-Fraktion Hans Schwaninger** vorgeschlagen.

Martina Munz (SP): Ich schlage Ihnen Jakob Hug anstelle von Hans Schwaninger als Stimmzähler vor. Jakob Hug finden Sie nicht auf der Wahlliste. Trotzdem ist er kein neuer Kandidat. Er war bereits 2004 Stimmzähler und kandidiert weiter für dieses Amt. Er steht nicht auf der Wahl-

liste, weil wir den Aussagen der SVP in der Präsidentenkonferenz vertrauten. Sie signalisierte damals, dass sie bereit sei, das Stimmzähleramt abwechselungsweise mit der SP in Anspruch zu nehmen. Jetzt macht sie den alleinigen Anspruch auf dieses Amt geltend. Das Büro kommt einer 5er-Kommission gleich und wäre mit zwei SVP-, zwei SP- und einem FDP-Mitglied zu besetzen. Da im Büro alle Fraktionen vertreten sein müssen, haben die grossen zwei Fraktionen SVP oder SP auf einen Sitz zu verzichten. In der Präsidentenkonferenz konnte man sich darauf einigen, dass SVP und SP im zweijährigen Turnus das Amt besetzen. Die SVP meldet nun den vollen Anspruch auf dieses Amt für die ganze Amtsperiode an. Das erstaunt uns sehr, fällt das Büro doch keine politischen Entscheide. Immer wieder wird betont, dass wir den Kanton nur gemeinsam weiterbringen. Ich fürchte, dies ist in der angebrochenen Legislaturperiode kaum möglich, wenn bereits bei solchen Entscheiden kein Konsens gefunden werden kann, weil man die Muskeln spielen lässt. Es ist nichts als fair, wenn sich die SVP und die SP den Sitz teilen. Wählen Sie jetzt Jakob Hug. Er ist bereits eingearbeitet, er war im vergangenen Jahr im Büro und leistete gute Arbeit. In zwei Jahren wird die SP nicht kandidieren und den Sitz kampfflos der SVP überlassen.

Markus Müller (SVP): Es betrübt mich, dass die SP schon die erste Sitzung mit Unwahrheiten beginnt. An der Sitzung der Präsidentenkonferenz wurde keine Zusage gemacht, dass die SVP diesem Zweijahresturnus zustimmt. Das ist im Protokoll nachzulesen. Ich habe den Wunsch der SP entgegengenommen. Im Protokoll steht „wohlwollend“. In Tat und Wahrheit habe ich nicht einmal das Wort „wohlwollend“ gebraucht, sondern gesagt, ich könnte mich damit einverstanden erklären. Einen Entscheid wollte ich nicht allein fällen, sondern die Angelegenheit zuerst mit meiner Fraktion besprechen. Im Protokoll der Präsidentenkonferenz steht mit keinem Wort, dass wir zugestimmt hätten. Bitte halten Sie sich an das, was abgemacht worden ist.

Martina Munz (SP): Ich habe „signalisiert“ gesagt.

Markus Müller (SVP): Eine Einzelperson kann etwas signalisieren und sagen, sie werde die Angelegenheit der Fraktion vortragen. Letztlich gilt jedoch die Fraktionsmeinung. Es ist auch nicht so, dass wir heute einen Stimmzähler für die nächsten vier Jahre wählen. Bereits in einem Jahr, in zwei oder in drei Jahren können wir erneut eine Standortbestimmung vornehmen. Weil Richard Mink von der CVP bereits auf der Präsidentenlaufbahn war, wurde vor einem Jahr Jakob Hug als Stimmzähler ins Büro gewählt, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis der SP, Jakob Hug solle nicht auf die Präsidentenlaufbahn geschickt werden. Für Jakob Hug war es damals ganz

klar, dass er aus dem Büro ausscheiden muss, wenn die SP mit einem neuen Kandidaten für das zweite Vizepräsidium antritt. Dies war die klare Ausgangslage. Angesichts der Stärke unserer Fraktion sind wir der Meinung, dass wir Anspruch auf einen zweiten Sitz im Büro haben. Natürlich könnten wir die Zahl der Büromitglieder auf sechs erhöhen, aber das wäre unsinnig. Wir von der SVP nehmen nun das Recht in Anspruch, Hans Schwaninger zu portieren und zu unterstützen. In einem Jahr, in zwei oder drei Jahren können wir wieder über die Verteilung reden. Vielleicht stimmen wir dann einem Wechsel zu. Ich bitte Sie, Hans Schwaninger zu unterstützen.

Hansueli Bernath (ÖBS): In einem Punkt muss ich Martina Munz widersprechen. Sie hat gesagt, das Büro entspreche einer 5er-Kommission. Sie hat auch aufgezeigt, wie die Sitzverteilung in einer 5er-Kommission aussieht. In der Geschäftsordnung ist jedoch ausdrücklich erwähnt, dass im Büro sämtliche Fraktionen vertreten sein müssen. Weil wir eine Fraktion weniger haben als bisher, besteht nun eben diese Situation. Unser Vertreter im Büro, Rainer Schmidig, ist von uns aus gesehen gesetzt. Ich möchte vorgängig abgeklärt haben, ob dem auch wirklich so ist.

Alterspräsident Gerold Meier (FDP): Es ist richtig, dass sich das Büro gemäss § 1 Abs. 1 der Geschäftsordnung aus Vertretern und Vertreterinnen aller Fraktionen zusammensetzt. Das heisst, Rainer Schmidig wird als Mitglied der ÖBS-EVP-Fraktion ins Büro gewählt, selbst wenn er weniger Stimmen als seine Mitkandidaten auf sich vereinigen kann. Voraussetzung ist allerdings, dass er das absolute Mehr erreicht. Die Ausmarchung findet deshalb zwischen Hans Schwaninger und Jakob Hug statt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel		79
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	79 x 2	= 158
Ungültig und leer		11
Gültige Stimmen		147
Absolutes Mehr	37	

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Rainer Schmidig	69
Hans Schwaninger	46
Jakob Hug	32
Vereinzelte	0

*

9. Wahl der Kantonsratssekretärin

Das **Büro** schlägt die bisherige Amtsinhaberin, **Erna Frattini**, zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	79
Ungültig und leer	1
Gültige Stimmen	78
Absolutes Mehr	40

Es hat Stimmen erhalten und ist **gewählt**:

Erna Frattini	77
Vereinzelte	1

*

Alterspräsident Gerold Meier (FDP): Damit habe ich meine Aufgabe als Alterspräsident erfüllt. Ich bitte die neu gewählten Büromitglieder, nach der Pause ihre neuen Plätze einzunehmen.

*

Antrittsrede der Kantonsratspräsidentin

Kantonsratspräsidentin Susanne Günter (FDP): Sehr verehrte Ratsmitglieder, verehrte Damen und Herren Regierungsräte, sehr geehrter Herr Staatsschreiber, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, geschätzte, liebe Besucher und Besucherinnen auf der Tribüne.

Angesichts der unfassbaren Katastrophe im südasiatischen Meeresraum möchte ich einige Gedanken äussern.

Vergegenwärtigen wir uns die Zahl der zweihunderttausend Menschen, die innerhalb weniger Stunden unverschuldet ums Leben gekommen sind, die Unzähligen, die verletzt wurden oder liebe Familienmitglieder verloren haben, betrachten wir die Zerstörung der Infrastruktur in den umliegenden Ländern, die sich nur dank des Tourismus einigermaßen aus der Armut emporarbeiten konnten, so erscheinen unsere Probleme, die wir hier zu bewältigen haben, als bedeutungslos. Wir, die wir dieses Inferno nicht wirklich miterlebt haben, vermögen uns das Ausmass an Zerstörung und Leid kaum vorzustellen. Einzelne Schicksale können wir nicht einmal nachempfinden. Familien aus Europa, aus der Schweiz, ja sogar aus unserem Kanton sind betroffen und haben das unvorstellbar grosse Leid miterlebt.

Diese Katastrophe betrifft uns alle. Es ist schwierig für uns – nach all den Eindrücken, welche die Bilder vermitteln, nach den Schilderungen der Betroffenen –, uns den alltäglichen Aufgaben zuzuwenden.

Mit ein wenig Erleichterung kann man von der einmalig grossen Solidarität, die sich über die ganze Welt erstreckt, Kenntnis nehmen. Angst, Schrecken und die Ungewissheit, das Leid einzelner Familien bleiben zurück und können nur in einem sehr langen Zeitraum gemildert werden. Hilfe humanitärer und wirtschaftlicher Art ist für eine lange Zeitspanne nötig, besonders für uns, die wir in Ländern leben, welche von einem solchen Schicksal verschont geblieben sind.

Wir hier im Saal sind betroffen und nehmen Anteil an diesem unermesslichen Leid. Diese Katastrophe, die wir alle zu verarbeiten haben und die uns wieder einmal die Mächtigkeit der Natur vor Augen hielt, muss uns zur Dankbarkeit mahnen, zur Besinnung bringen und uns klar machen, wie klein und unbedeutend der einzelne Mensch ist.

Verehrte Anwesende

Herzlich begrüssen – nebst den gestandenen Männern, unseren Regierungsräten – möchte ich unsere Regierungsrätinnen. Mir wird die Ehre zuteil, zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons, zu Beginn dieser Legislaturperiode, gleich zwei Regierungsrätinnen hier im Saal willkommen zu heissen. Das freut mich als Ratspräsidentin besonders. Andere Kantone haben uns in dieser Beziehung längst überholt, und es zeigt sich, dass die

Zusammenarbeit der Regierungsratsmitglieder bereichernd und unvermindert zielgerichtet ist. Ich wünsche Ihnen viel Freude an der Arbeit, Durchhaltewillen und Durchhaltekraft, auf dass Sie mit Begeisterung und Taten-drang Ihre grosse, verantwortungsvolle Aufgabe in Angriff nehmen.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons sind mit Beginn dieser Legislaturperiode zwei Frauen in der Regierung. Wahrscheinlich zum letzten Mal in der Geschichte des Kantons kann ich heute noch 80 Kantonsräte und Kantonsrätinnen begrüßen. Der Kantonsrat hat sich im vergangenen Wahljahr um 20 Mitglieder erneuert; ich möchte Sie alle herzlich willkommen heissen. Viele von Ihnen sind erstmals einem Parlament zugehörig und mit der politischen Arbeit noch wenig vertraut. Ihnen allen wünsche ich viel Freude und Genugtuung bei der Erledigung Ihrer Ratsarbeit.

Dem Alterspräsidenten, Gerold Meier, der den Namen Alterspräsident verdient und diesem ehrend nachkommt, möchte ich für seine wie immer in gekonnter Manier gehaltene Eröffnungsrede ganz herzlich danken. Es ist nicht selbstverständlich, dass man im Alter von mehr als 80 Jahren über den nötigen Geist und die Gesundheit verfügt, um eine Antrittsrede in dieser Form zu halten. Vielen Dank, wir wünschen dir weiterhin beste Gesundheit und Wohlergehen.

Es ist mir ein Anliegen, mich für das Vertrauen zu bedanken, das Sie, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, mir mit der überraschend guten Wahl zur Präsidentin dieses Rates entgegengebracht haben. Meiner Fraktion danke ich für die Nomination vor zwei Jahren. Nur so gelangte ich überhaupt in die Kursschleife, welche zu diesem ehrenvollen Amt führt. Ich hoffe – und ich werde mich sehr darum bemühen –, eine umsichtige und gerechte Präsidentin zu sein. Die Hilfe ist mir seitens der Kollegen links und rechts von mir und vor allem seitens unseres Ratssekretariates zugesichert. Mit Erna Frattini an der Spitze und Norbert Hauser, der mithilft, haben wir im Büro verlässliche Partner im Vorfeld und während der Ratssitzungen. Ich möchte dir, liebe Erna, ganz herzlich gratulieren zu deiner – wie immer glanzvollen – Wahl und überreiche dir einen Blumengruss.

Meinem Vorgänger Richard Mink, der den Rat souverän und straff geführt hat, möchte ich für seine zuverlässige und kompetente Arbeit bestens danken. Manchmal hörte ich es knistern, wenn er sich auf dem Bock zu Recht etwas ungeduldig schüttelte. Seiner speditiven Ratsführung ist es zu verdanken, dass wir die Traktandenliste so zügig aufarbeiten konnten.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode möchte ich einige Gedanken zu den künftigen Aufgaben in unserem Kanton äussern. Nebst angestrebten Veränderungen in der Organisation der Verwaltung (WoV), einer bevorstehenden Parlamentsreform und mit „sh.auf“ hat der Regierungsrat in der vergan-

genen Legislaturperiode einige einschneidende und zukunftsorientierte Projekte in die Wege geleitet, die es fortzuführen und zu einem Abschluss zu bringen gilt. Die Ziele sind hoch gesteckt.

Wenn wir unseren Kanton gesund machen wollen, müssen wir den Mut haben und bereit sein, Neues einzuführen und alte Zöpfe abzuschneiden. Das bedeutet nicht, mit Traditionen zu brechen, sondern mit Fingerspitzengefühl dort einzuhaken, wo sich Synergien ausschöpfen lassen, wo es sinnvoll und klug ist, Veränderungen herbeizuführen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir Verständnis in der Bevölkerung. Wir brauchen Parlamentarier und Parlamentarierinnen, die positive Botschaften in die Bevölkerung hineintragen, konsensfähig sind und kluge Entscheidungen treffen. Wir brauchen Leute, die unternehmerisch, umsichtig und zukunftsorientiert denken. Wir brauchen Menschen, die für ihre Mitmenschen Gehör haben, die aufeinander zugehen und miteinander nach Lösungen suchen. Wir brauchen vor allem Menschen, die den Dialog nicht scheuen, die Toleranz als Tugend ansehen, die aber auch kritisch Dinge hinterfragen.

Bei allen gesetzgeberischen Aufgaben, die wir im Rat zu lösen haben, müssen wir auch an die praktische Umsetzung denken. Wir müssen an die Bevölkerung, an die Gewerbetreibenden, an die Dienstleistungsbetriebe denken, an diejenigen, die am Rad der Maschinerie der Wirtschaft drehen. Schliesslich sind sie es, die mit diesen Gesetzen und Verordnungen arbeiten müssen. Sie müssen genügend Freiraum haben und über den Inhalt innerhalb der Rahmenvorgaben des Staates selbst bestimmen können. Jedes Gesetz, das wir in die Wege leiten, ist auf Notwendigkeit und Gewerbetauglichkeit zu überprüfen. Dort, wo sich die Wirtschaft frei bewegen kann, wo der Wettbewerb spielt, ist Prosperität möglich.

Wir haben Chancen, unsere Gemeinden und unseren Kanton zu stärken, wenn wir bei allem Tun das Wünschbare vom dringend Nötigen trennen. Wie überall zählt letzten Endes die finanzielle Verträglichkeit. Dies sollten wir nie aus den Augen verlieren, und dies möchte ich der Regierung und Ihnen als Volksvertreter und Volksvertreterinnen für die nächste Legislaturperiode auf den Weg geben. Gehen wir mit Mut und dankbar, für diese Region, diesen Kanton und für das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger unseren Einsatz leisten zu können, an die Arbeit.

Ich hoffe und vertraue auf Ihre wertvolle Mitarbeit in diesem Parlament und wünsche allen einen guten Start in die neue Legislaturperiode. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Rat applaudiert.

Kantonsratspräsidentin Susanne Günter (FDP): Bevor ich die Neueingänge bekannt gebe, komme ich auf die uns an der Sitzung vom 6. Dezember 2004 von der Regierung überwiesenen zwei Geschäfte zurück. Es handelt sich um den Bericht und Antrag betreffend ein Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (WoV-Gesetz; Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung) und um den Bericht und Antrag zur Einführung von umfassenden Blockzeiten am Kindergarten und an der Primarschule. Wir haben damals beschlossen, die Spezialkommissionen erst nach der Konstituierung des neuen Rates zu bilden. Dies ist nun der Fall.

Ich schlage Ihnen vor, zur Vorberatung dieser beiden Geschäfte je eine 11er-Kommission einzusetzen.

Erstgewählter oder Erstgewählte der Kommission „WoV-Gesetz“ (2005/1) ist ein Mitglied der SVP-Fraktion.

Erstgewählter oder Erstgewählte der Kommission „Blockzeiten am Kindergarten und an der Primarschule“ (2005/2) ist ein Mitglied der SP-Fraktion.

Und nun zu den

Neueingängen seit der Sitzung vom 20. Dezember 2004:

1. Kleine Anfrage Nr. 43/2004 von Charles Gysel betreffend Einsicht in amtliche Akten.
2. Kleine Anfrage Nr. 44/2004 von Georg Meier betreffend Übereinkommen Kantonspolizei – Grenzwachtkorps.
3. Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrates betreffend Festsetzung des Sitzungsgeldes des Kantonsrates, Pauschalvergütung der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und Weiterbildungsschädigung an Mitglieder der ständigen Kommissionen. – Dieses Geschäft wird auf die Traktandenliste der Sitzung vom 24. Januar 2005 gesetzt.
4. Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrates betreffend Teilrevision der Geschäftsordnung (Verkleinerung der Gesundheitskommission). – Dieses Geschäft werden wir heute beraten.
5. Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend die Anpassung der kantonalen Gesetze an die Revision der allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches und an das Jugendstrafgesetz.
Ich schlage Ihnen vor, dieses Geschäft zur Vorberatung an eine 11er-Kommission (2005/3) zu überweisen. Erstgewählter oder Erstgewählte

ist ein Mitglied der SVP-Fraktion.

6. Bericht und Antrag des Regierungsrates zu einer Teilrevision des Dekrets über die Organisation des Untersuchungsrichteramtes (Schaffung einer sechsten Untersuchungsrichterstelle).
Ich schlage Ihnen vor, dieses Geschäft zur Vorberatung an eine 9er-Kommission (2005/4) zu überweisen. Erstgewählter oder Erstgewählte ist ein Mitglied der SP-Fraktion.

Die Nominierung der Mitglieder der neuen Kommissionen 2005/1 bis 2005/4 werden an der nächsten Sitzung bekannt gegeben.

7. Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 18/2003 von Veronika Heller zu den Auswirkungen des Entlastungsprogramms 2003 des Bundes.
8. Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 35/2003 von Hans-Jürg Fehr betreffend Sparfolgen – Auswirkungen Entlastungsprogramm 2004 und Unternehmenssteuerreform II des Bundes.
9. Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 37/2004 von Arthur Müller betreffend Finanzierung einer Machbarkeitsstudie „Trambahn Schaffhausen“.
10. Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 38/2004 von Arthur Müller betreffend Problem des Lohn-Dumpings durch Arbeiter aus der EU.
11. Kleine Anfrage Nr. 1/2005 von Hans-Jürg Fehr betreffend ETH-Jubiläum.
12. Mit Schreiben vom 14. Dezember 2004 teilt der Regierungsrat mit, dass die der Staatskanzlei am 2. Dezember 2004 eingereichte kantonale Volksinitiative „EKS-Verkauf vors Volk“ mit 1'695 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist.
13. Kleine Anfrage Nr. 2/2005 von Hansueli Bernath betreffend Umsetzung Nichtraucherchutz.
14. Kleine Anfrage Nr. 3/2005 von Urs Capaul betreffend steuerliche Begünstigung von verbrauchs- und emissionsarmen Fahrzeugen.

Mitteilungen der Ratspräsidentin:

Mit Urteil vom 23. Dezember 2004 ist das Bundesgericht auf die von den beiden Kantonsräten Gerold Meier und Matthias Freivogel eingereichten Stimmrechtsbeschwerden nicht eingetreten. Beide Beschwerden richteten sich gegen den Verkauf von 25 Prozent der Aktien der EKS AG an die Axpo Holding AG beziehungsweise gegen den entsprechenden Beschluss des Kantonsrates vom 6. Dezember 2004 über die „zustimmende Kenntnisnahme“.

Die Spezialkommission 2004/12 „Gebäudeversicherungsprämien 2005“ meldet das Geschäft als verhandlungsbereit.

Die SP-Fraktion teilt mit, dass Martina Munz ab 1. Januar 2005 Fraktionspräsidentin ist.

Die FDP-Fraktion teilt mit, dass Christian Amsler ab 1. Januar 2005 Fraktionspräsident ist.

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen macht in ihrem Schreiben vom Advent 2004 auf die jeweils vor den Ratssitzungen von 7.30 bis 7.45 Uhr in der St. Anna-Kapelle beim Münster stattfindende ökumenische Morgenbesinnung aufmerksam.

Ich empfehle Ihnen, von diesem Angebot regen Gebrauch zu machen.

*

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 21. Sitzung vom 6. Dezember 2004 wird ohne Änderungen genehmigt und dem Protokollführer Norbert Hauser bestens verdankt.

*

Martina Munz (SP): Ich möchte zum Spendenaufruf der FDP-Fraktion eine **Fraktionserklärung** abgeben: Wir alle sind sehr betroffen vom Ausmass der Flutkatastrophe im asiatischen Raum. Wir sind froh darüber, dass die FDP-Fraktion die Initiative zum Spendenaufruf ergriffen hat. Viele SP-Mitglieder haben jedoch bereits grosse Spenden getätigt oder unterstützen eigene Projekte. Diese Mitglieder werden die uns ausgeteilte grüne Karte nicht ausfüllen. Das heisst jedoch nicht, dass wir uns der Unterstützung der von dieser Katastrophe Betroffenen verschliessen. Diejenigen SP-Mitglieder, welche die grüne Karte unterschreiben, möchten, dass das Geld in ein Projekt des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks für die Opfer der Flut-

katastrophe oder in andere Projekte der Katastrophenhilfe fliesst. Es geht uns darum, dass wegen des immensen Ausmasses dieser Flutkatastrophe andere Gebiete nicht vergessen werden. Es herrscht sehr viel Elend auf dieser Welt. Ich denke etwa an die hungernden Menschen im Sudan. Wir dürfen auch sie nicht vergessen. Deshalb behalten wir uns vor, das Geld, das zusammenkommt, für ein Projekt des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks oder für ein anderes Projekt der Katastrophenhilfe auf unserer Erde einzusetzen. Danke.

Markus Müller (SVP) gibt ebenfalls eine **Fraktionserklärung** ab: Frau Kantonsratspräsidentin, vorerst herzliche Gratulation zu Ihrer Wahl, die mich freut. Ich kann Ihnen die gute Zusammenarbeit mit der SVP-Fraktion zusichern.

Die Initiative der FDP-Fraktion ist ja löblich. Wir sehen aber, was eine solche – vorbildliche – Initiative bringt. Man muss sich letzten Endes rechtfertigen, wenn man nicht mitmacht oder etwas anderes unternimmt. Das hat Martina Munz nun getan. Und ich fühle mich ebenfalls genötigt, etwas zu sagen, weil morgen in der Zeitung zu lesen ist, die FDP mache gesamthaft mit, die SP spende sonst irgendwo, und von der SVP wisse man nichts.

Wir haben in der Pause beschlossen, dem Spendenaufruf nicht Folge zu leisten. Dies jedoch nicht, weil wir nicht wollen; wir tun nämlich ebenfalls etwas. Zurzeit wird unter den Klängen einer grossen Werbetrommel Geld in den Fernen Osten geschickt. Wir sagen deshalb wie die SP-Fraktion: Es gibt auch noch andere Notleidende auf dieser Welt. An der nächsten Fraktionssitzung werden wir entscheiden, was wir tun werden. Möglichkeiten gibt es viele. Vielleicht unterstützen wir gemeinsam mit Franz Hostettmann ein konkretes Projekt. Ich selbst bevorzuge die Unterstützung eines Projektes in einer Region, die vergessen worden ist, beispielsweise in Afrika. Spontan fällt mir dazu Dr. Christian Seelhofer aus Beringen mit seinem Spitalprojekt in Afrika ein.

*

10. Inpflichtnahme des Alterspräsidenten

Alterspräsident Gerold Meier leistet das Amtsgelübde und wird von der **Ratspräsidentin** in Pflicht genommen.

*

11. Inpflichtnahme der Kantonsratssekretärin und ihres Stellvertreters

Kantonsratssekretärin Erna Frattini und ihr **Stellvertreter, Christian Ritzmann**, leisten das Amtsgelübde und werden von der **Ratspräsidentin** in Pflicht genommen.

*

12. Inpflichtnahme des Regierungsrates

Regierungspräsident Heinz Albicker, die **Regierungsrätinnen Ursula Hafner-Wipf** und **Rosmarie Widmer Gysel** sowie die **Regierungsräte Hans-Peter Lenherr** und **Erhard Meister** leisten das Amtsgelübde und werden von der **Ratspräsidentin** in Pflicht genommen.

*

13. Bericht und Antrag des Büros betreffend Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates Schaffhausen vom 10. Dezember 2004 (Verkleinerung der Gesundheitskommission)

Grundlage: Amtsdruckschrift 04-170

Eintretensdebatte

Alfred Sieber (SVP), Erster Vizepräsident und Sprecher des Kantonsratsbüros: Das Büro beantragt Ihnen eine Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrates. Die Zahl der Mitglieder der Gesundheitskommission soll von 9 auf 7 reduziert werden. Dies deshalb, weil das neue Spitalgesetz, das nach einer allfälligen Annahme durch das Volk frühestens im Frühjahr 2005 in Kraft treten kann, für die entsprechende Kommission nur noch 7 Mitglieder vorsieht. Es wäre deshalb unklug, jetzt, wie dies in der Geschäftsordnung festgehalten ist, 9 Mitglieder zu wählen und nach einem allfälligen In-Kraft-Treten des neuen Spitalgesetzes eine Kommission mit 7 Mitgliedern zu wählen. Das Büro beantragt Ihnen deshalb, § 10 Abs. 2 Ziff. 1 der Geschäftsordnung neu wie folgt zu beschliessen: „² Daneben wählt der Kantonsrat für die Amtsdauer folgende weitere ständige Kommissionen: 1. Die Gesundheitskommission (7 Mitglieder) ... [weiterer Wortlaut wie bisher] ...“

Das Wort zum Eintreten wird nicht gewünscht. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Das Wort wird nicht gewünscht.

Schlussabstimmung

Mit 67 : 0 wird der Änderung der Geschäftsordnung zugestimmt. Die Gesundheitskommission besteht somit aus 7 Mitgliedern.

*

Kantonsratspräsidentin Susanne Günter (FDP): Bevor wir zu den Wahlgeschäften kommen, schlage ich Ihnen vor, nebst dem ordentlichen Wahlbüro zwei weitere Wahlbüros einzusetzen; diese sollen aus den Ratsmitgliedern Eduard Joos und Gottfried Werner sowie Karin Spörli und Hermann Beuter bestehen.

Der Rat ist stillschweigend damit einverstanden.

Kantonsratspräsidentin Susanne Günter (FDP): Die Grundlage für die einzelnen Wahlgänge bildet die jedem Ratsmitglied vor der heutigen Sitzung zugestellte Zusammenstellung „Wahlvorschläge für die konstituierende Sitzung des Kantonsrates vom 10. Januar 2005“. Beim Traktandum 25 „Erziehungsrat“ ist allerdings noch eine Korrektur anzubringen: Niklaus Sidler ist durch Aldo Malagoli zu ersetzen. Diese Mutation ist uns erst nach dem Versand der Wahlvorschläge mitgeteilt worden.

Die von den verschiedenen Wahlgremien eingebrachten Anträge gelten als gestellt.

Bezüglich der Einsitznahme von Vertretern oder Vertreterinnen des Kantonsrates beziehungsweise der Verwaltung in Behörden und ausserparlamentarische Kommissionen verweise ich auf die Ihnen heute Morgen verteilte Zusammenstellung, auf der Art. 2 des Gesetzes über die Gewaltentrennung wörtlich abgedruckt ist. Ebenso sind dort die Art. 24 und 60 des Wahlgesetzes aufgeführt. Diese geben Auskunft über das Vorgehen im ersten und im zweiten Wahlgang. Gemäss § 61 der Geschäftsordnung sind die Wahlen geheim durchzuführen. Wenn für Kommissionen nicht mehr Kandidaten oder Kandidatinnen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind, können jene ohne Wahlgang als gewählt erklärt werden. Ich werde von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Werden bei Wahlen in Behörden und ausserparlamentarische Kommissionen mit zahlenmässig begrenzter Vertretung des Kantonsrates beziehungsweise der Verwaltung mehr Kantonsratsmitglieder oder Verwaltungsangehörige gewählt, als zulässig sind, so scheiden diejenigen unter ihnen als überzählig aus, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigen. Selbstverständlich gilt auch hier die Regelung mit dem absoluten Mehr.

Ich bitte Sie, die Wahlzettel gemäss den Ihnen vorliegenden Wahlvorschlägen auszufüllen, das heisst in alphabetischer Reihenfolge. Sollten aus dem Rat zusätzliche Kandidaten oder Kandidatinnen gemeldet werden, die Sie den auf der Wahlliste vorgeschlagenen Personen vorziehen, so bitte ich Sie, diese neuen Namen auf die unterste Linie Ihres Wahlzettels zu schreiben. Sie erleichtern damit nicht nur die Arbeit der Stimmezähler und der Stimmezählerin, sondern tragen auch dazu bei, dass die Wahlergebnisse rascher vorliegen.

*

14. Wahl der Geschäftsprüfungskommission

Vorgeschlagen sind:

Bernhard Egli

Liselotte Flubacher

Christian Heydecker

Annelies Keller

Martina Munz

Karin Spörli

Alfred Tappolet

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Somit können die Vorgeschlagenen **im Sinne von § 61 der Geschäftsordnung ohne Wahlgang als gewählt erklärt werden.**

Bei stillen Wahlen wird diejenige Person, die gemäss Alphabet zuvorderst steht, jeweils Erstgewählte. Sie ist demzufolge für die Einladung zur ersten Sitzung verantwortlich.

*

15. Wahl der Justizkommission

Vorgeschlagen sind:

Bernhard Bühler

Peter Gloor

Jakob Hug

Willi Josel

Markus Müller

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Somit können die Vorgeschlagenen **im Sinne von § 61 der Geschäftsordnung ohne Wahlgang als gewählt erklärt werden.**

*

16. Wahl der Petitionskommission

Vorgeschlagen sind:

Nelly Dalpiaz

Georg Meier

Susanne Mey

Hansueli Scheck

Patrick Strasser

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Somit können die Vorgeschlagenen **im Sinne von § 61 der Geschäftsordnung ohne Wahlgang als gewählt erklärt werden.**

*

17. Wahl der Gesundheitskommission

Vorgeschlagen sind:

Hansueli Bernath

Werner Bolli

Samuel Erb

Ursula Leu

Erna Weckerle

Gottfried Werner

Stefan Zanelli

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Somit können die Vorgeschlagenen **im Sinne von § 61 der Geschäftsordnung ohne Wahlgang als gewählt erklärt werden.**

*

18. Wahl des Preiskuratoriums „Schaffhauser Preis für Entwicklungszusammenarbeit

Vorgeschlagen sind:

Richard Altorfer

Doris Brügel-Feser

Matthias Freivogel

Hans Gächter

Susi Greutmann

Charles Gysel

Marianne Hug-Neidhart

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Somit können die Vorgeschlagenen **im Sinne von § 61 der Geschäftsordnung ohne Wahlgang als gewählt erklärt werden.**

*

19. Wahl der Verwaltungskommission der Schaffhauser Bauernkreditkasse

Kantonsratspräsidentin Susanne Günter (FDP): Die Wahlvorschläge sind bekannt. Werden weitere Wahlvorschläge gemacht?

Hansueli Bernath (ÖBS): Zu unserem grossen Bedauern muss ich Ihnen bekannt geben, dass unsere Kandidatin für einen Sitz in der Verwaltungskommission der Bauernkreditkasse von ihrer Kandidatur zurücktritt, und zwar auf Druck vonseiten der SVP. Für uns stand im Vordergrund, dass uns wieder eine Frau in der Kommission vertreten soll, am besten eine aktive Bäuerin. Wir gehen davon aus, dass die Bäuerinnen von den Entscheiden dieser Kommission sehr stark betroffen sind. Deshalb kann diese Sicht der Dinge nur von Vorteil sein. Die Parteizugehörigkeit war für uns dabei sekundär.

Ruth Neidhart gehört der CVP an. Die SVP nützt nun diesen Umstand aus: Ruth Neidhart wird im Fall ihrer Wahl für die Nichtunterstützung der CVP-Kandidatin für den Bankrat seitens der SVP verantwortlich gemacht. Dass Ruth Neidhart sich nicht als Ball für dieses Machtspiel hergeben will, können wir nachvollziehen. Wir bedauern aber ausserordentlich, dass es uns aufgrund dessen verwehrt ist, eine fähige Frau in diese Kommission zu wählen, es sei denn, die SVP ist bereit, ihren offiziellen Kandidaten – der dem Vernehmen nach für eine Ausmarchung auch nicht zur Verfügung stehen soll – durch eine Frau zu ersetzen.

Wir können nur zur Kenntnis nehmen, dass solche Ränkespiele offenbar zum heutigen Wahltag gehören. Wahrscheinlich sind sie dem Selbstwertgefühl vieler Parlamentarier äusserst zuträglich. Ich musste den Sachverhalt aber transparent machen. Dafür bitte ich Sie um Verständnis.

Markus Müller (SVP): Es verhält sich in der Tat so, wie Hansueli Bernath es ausführt: Die Vorbereitung dieser Wahl war – auch was die Absprachen betrifft – nicht optimal. Nun haben wir ein mittleres Chaos; es läuft nicht wunschgemäss. Dem Vorwurf, die SVP-Fraktion habe Druck gemacht, muss ich aber entgegenen. Sie dürfen nicht derart pauschalisieren, Hansueli Bernath. Mit Ruth Bernath selbst habe ich mich noch nie unterhalten; demzufolge habe ich auch keinen offiziellen Druck der SVP-Fraktion auf sie ausgeübt. Für einzelne Mitglieder kann ich hingegen nicht sprechen.

Ihre Seite jedoch hat Druck ausgeübt, deshalb haben wir nun diese Diskussion. Ernst Hübscher erhielt massive Drohungen, die so weit gingen, dass er bei einer allfälligen Annahme der Wahl Kundschaft verlieren würde. Es war von Beziehungsproblemen und von Voreingenommenheit die Rede. Wir

müssen schon genau anhören, wer was sagt, und vorsichtig mit Äusserungen sein. Ich appelliere an alle: Zeigen wir in den nächsten vier Jahren mehr Offenheit. Auch unsere Seite ist damit gemeint, das muss ich einräumen. Tatsache ist, dass Ernst Hübscher seine Kandidatur zurückgezogen hat. Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen nun Traugott Imthurn vor. Zum Werdegang von Traugott Imthurn, Jahrgang 1944, von Opfertshofen: Er bildete sich an der Landwirtschaftlichen Schule Charlottenfels zum Landwirt aus. Danach vertiefte er sein Wissen in Finanz- und Buchhaltungsthemen und wurde EDV-Supporter. Zuletzt hatte er die Verantwortung für die Betreuung der Stammakten in einer grösseren Produktionsfirma inne. Während 20 Jahren war er Gemeindepräsident von Opfertshofen; wahrscheinlich kennen ihn die meisten von Ihnen. Seit längerer Zeit ist er als Agent der Schweizerischen Hagelversicherung tätig. Ich empfehle Ihnen, Traugott Imthurn in die Bauernkreditkasse zu wählen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Vorgeschlagen sind somit:

Peter Gasser

Traugott Imthurn

Hansruedi Richli

Daniel Schlatter

Sie können somit **im Sinne von § 61 der Geschäftsordnung ohne Wahlgang als gewählt erklärt werden.**

*

20. Wahl des Bankpräsidenten der Kantonalbank

Vorgeschlagen ist der bisherige Amtsinhaber, Rinaldo Riguzzi. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	79
Ungültig und leer	7
Gültige Stimmen	72
Absolutes Mehr	37

Es hat Stimmen erhalten und ist **gewählt**:

Rinaldo Riguzzi	68
Vereinzelte	4

*

21. Wahl des Bankrates der Kantonalbank

Die Wahlvorschläge sind bekannt. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		79
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	79 x 7 =	553
Ungültig und leer		190
Gültige Stimmen		363
Absolutes Mehr	26	

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Werner Bolli	44
Monique Eichholzer	45
Markus Furrer	55
Hans Gächter	45
Alfred Sieber	46
Hans-Peter Sorg	52
Josef Zumbühl	43
Christian Walter Hablützel	überzählig 33

*

22. Wahl des Präsidiums der Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung

Vorgeschlagen ist Regierungsrat Heinz Albicker. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Regierungsrat Heinz Albicker wird ohne Wahlgang als gewählt erklärt.

*

23. Wahl der Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung

Die Wahlvorschläge sind bekannt. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		78
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	78 x 6 =	468
Ungültig und leer		134
Gültige Stimmen		334
Absolutes Mehr	28	

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Heinz Gloor		54
Beat Hug		47
Andreas Liberato		46
Peter Oechslin		47
Gerhard Schwyn		46
Claudia Uehlinger		46
Jürg Tanner	nicht gewählt	27
Vereinzelte		21

*

24. Wahl der Revisionsstelle der Gebäudeversicherung

Vorgeschlagen ist die Finanzkontrolle von Kanton und Stadt

Annelies Keller (SVP): Ich mache Ihnen keinen weiteren Vorschlag, habe jedoch Bemerkungen anzubringen und stelle am Schluss einen Antrag. Die SVP-Fraktion ist über das Vorgehen der Regierung erstaunt. Das Gesetz sieht in Art. 2 lit. g vor: „Die Verwaltungskommission unterbreitet dem Regierungsrat Vorschläge für die Wahl der Organe.“ Gemäss meinen Erkundigungen bei einem Mitglied der Verwaltungskommission hat diese nicht über die Wahl der Revisionsstelle beraten, geschweige denn dem Regierungsrat einen Vorschlag unterbreitet. Das war mein Wissensstand bis heute Morgen. Nach der Fraktionssitzung der SVP merkte Regierungsrat Heinz Albicker wohl, dass das Geschäft von der Verwaltungskommission gar nicht vorberaten worden war. Die Ihnen unterbreiteten Wahlvorschläge wurden aber bereits Mitte Dezember 2004 beraten. Letzte Woche hat dann Regierungsrat Heinz Albicker bei der Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung eine schriftliche Umfrage gemacht und selbstverständlich von allen Kommissionsmitgliedern die Zusage erhalten, sie würden die Finanzkontrolle als Kontrollstelle vorschlagen.

Dies ist das Pferd am Schwanz aufgezügelt. Man kann uns nicht zuerst einen Vorschlag unterbreiten und dann erst per schriftliche Umfrage die Verwaltungskommission konsultieren. Die SVP hat sich stets für die Ausschreibung der Revisionsstelle und die Vergabe an eine externe Prüfungsfirma stark gemacht.

Wir sind der Meinung, wir könnten hier – wie es Kantonsratspräsidentin Susanne Günter in ihrer Antrittsrede gesagt hat – den Wettbewerb fördern. Wir können hier aber auch eine Revisionsstelle einsetzen, die versiert und fähig ist, Finanzanlagen zu bewerten. Diese Art der Prüfung obliegt der kantonalen Finanzkontrolle nicht in dem Ausmass, wie es vor allem bei der Gebäudeversicherung der Fall ist. Die Bewertung des Vermögens der Gebäudeversicherung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Beurteilung, ob eine Prämienhöhung notwendig ist oder nicht.

Staatliche Stellen, auch unser Regierungsrat, setzen sich im Rahmen der Bundesgesetzgebung, wie jeweils im Amtsblatt nachzulesen ist, für die Unabhängigkeit der Revisionsstellen in der Privatwirtschaft ein. Wenn wir hier im Kantonsrat schon halbprivate Organisationen wie die Gebäudeversicherung schaffen, so seien Sie bitte auch konsequent und wählen Sie eine wirklich unabhängige Revisionsstelle, unabhängig vom Kantonsrat und unabhängig von der Regierung. Zudem wird auch im Kantonsrat die Subsidiarität

beschworen. Mit der Wahl der Revisionsstelle der Gebäudeversicherung können Sie Ihren Worten Taten folgen lassen.

Wir werden vermutlich im Nachhinein hören, weshalb Sie dies alles nicht tun sollten, beispielsweise wegen den Verknüpfungen mit dem Brandschutz und so weiter. Aber genau diese Abgrenzung, meine Damen und Herren, kann eine unabhängige Revisionsstelle besser tätigen als eine Revisionsstelle, die auch in personeller Hinsicht nahe mit uns und dem Regierungsrat verbunden ist.

Die Gebäudeversicherung muss also nicht zwingend vom Staat revidiert werden. Eine private Revisionsgesellschaft – ich stelle mir eine aus dem Platz Schaffhausen vor – kann dies ebenso gut oder besser tun.

Ich beantrage Ihnen, die Wahl der Revisionsstelle der Gebäudeversicherung an den Regierungsrat zurückzuweisen; die Verwaltungskommission soll seriös darüber beraten. Die Verwaltungskommission hat erstens die Wahl der Organe zuhanden der Regierung vorzubereiten. Zweitens muss die Revisionsstelle ausgeschrieben werden; dann kann sich auch die Finanzkontrolle bewerben.

Regierungsrat Heinz Albicker: Ich bin seit ein paar Tagen als Finanzdirektor im Amt. Es stimmt tatsächlich, dass die Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung es an ihrer letzten Sitzung im vergangenen Jahr verpasst hat, der Regierung diesen Antrag zu stellen. Als ich davon erfuhr, veranlasste ich sofort, dass der Direktor der Gebäudeversicherung zuerst bei den Mitgliedern der Verwaltungskommission eine telefonische Umfrage machte, um zu erfahren, ob diese mit der Wahl der Finanzkontrolle einverstanden seien oder ob wir das Geschäft zurücknehmen sollten. Es wurde einstimmig beschlossen, dass die Regierung als vermittelndes Organ Ihnen die Finanzkontrolle wiederum empfehlen soll.

Die Finanzkontrolle (Fiko) ist keine Laiengruppe, meine Damen und Herren. Sie beschäftigt gut ausgebildete Spezialistinnen und Spezialisten. Die Finanzkontrolle ist sich auch bewusst, dass diese Prüfung durch einen ausgewiesenen und erfahrenen Revisor getätigt werden muss. Der Finanzkontrolleur, der das jetzt tut, kommt aus einer bekannten grossen Revisionsgesellschaft und bringt Erfahrungen mit, und zwar in der Prüfung der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich. Dann die Unabhängigkeit: Die Finanzkontrolle rapportiert nicht dem Finanzdirektor. Ich zitiere diesbezüglich die Kantonsverfassung. „Die Finanzkontrolle des Kantons ist durch ein unabhängiges Organ sicherzustellen, das im Auftrag des Regierungsrates und des Kantonsrates tätig wird.“ Im Finanzhaushaltgesetz steht sogar noch: „Sie verkehrt direkt mit der zuständigen Aufsichtscommission des Kantonsrates.“ Der Kantonsrat ist ja oberstes Überwachungsorgan der Gebäudever-

sicherung. Ich kann auch noch ganz praktische Gründe anführen. Beide Bereiche, also Brandschutz und Gebäudeversicherung, wurden bis jetzt gleichzeitig geprüft. Es gibt auch rationelle Effekte, weil die beiden Bereiche in Bezug auf die Abwicklung miteinander verbunden sind. Der Bereich Brandschutz als Dienststelle der kantonalen Verwaltung wird so oder so rechtlich zwingend von der Finanzkontrolle geprüft. Aus diesem Grund wäre eine Trennung der beiden Prüfungsbereiche nicht sinnvoll. Die Finanzverwaltung führt einen wesentlichen Teil der Buchhaltung für die Gebäudeversicherung. Die Finanzkontrolle kennt die internen Vorgehensweisen der Finanzverwaltung, was detailliertere Prüfungsmöglichkeiten mit sich bringt. Dadurch ist ein qualitativ hoher Stand der Prüfungen gewährleistet.

Nach Überprüfung sämtlicher Vor- und Nachteile komme ich zum Schluss, dass eine Änderung des jetzigen Systems eigentlich nur Mehrkosten ohne einen entsprechenden Mehrnutzen bringen würde. Ich mache Sie auch darauf aufmerksam, dass der Kantonsrat am 17. Mai 2004 diese Revisionsstelle bereits einmal gewählt hat. Dies war ja auch ein Zeichen des Rates. Ich bitte Sie deshalb, auf die Rückweisung nicht einzutreten.

Werner Bolli (SVP): Es ist tatsächlich so, dass wir am 17. Mai 2004 über diese Angelegenheit gesprochen haben. Ich habe dannzumal genau den Antrag im Sinne von Annelies Keller gestellt. Ich zitiere Peter Altenburger. Aufgrund seines Votums habe ich meinen Antrag zurückgezogen. Er sagte: „Dann wählen wir nach meinem Verständnis auch wieder die Revisionsstelle und sämtliche Mitglieder der Verwaltungskommission (also heute, zu Beginn der Amtsperiode). Ich schlage Ihnen deshalb vor, dass wir nun die Wahl vornehmen und auf ein Gerangel verzichten. Bis zur nächsten Wahl kann sich die Verwaltungskommission darüber unterhalten, wie die Revisionsstelle in Zukunft zu bestellen ist.“ Regierungsrat Hermann Keller hat sich in ähnlicher Art und Weise geäußert. Herr Finanzdirektor, es geht jetzt nicht um die Qualität der Leute in der Finanzkontrolle. Aber es geht nach unserer Auffassung um eine saubere Trennung und um eine Abgrenzung. Es nähme mich wunder, was Sie sagten, wenn wir den Antrag stellen würden, dass beispielsweise bei der Kantonalbank die interne Revision, die ja auch Buchführungskontrollen vornimmt, den Geschäftsabschluss als letzte Stelle auch noch zu prüfen hätte. Annelies Keller hat ja darauf hingewiesen, worum es geht, nämlich um eine Gesamtbeurteilung. So kann man im Rahmen eines Revisionsplanes genau festlegen, was die Finanzkontrolle, also die interne Revision, prüfen soll. Aber für den Schlussbericht und den Antrag verlangen wir eine unabhängige Kontrollstelle.

Meine Frage ist auch heute noch nicht beantwortet. Ich habe immer noch den Verdacht, die Finanzkontrolle berichte eben doch in der Linie irgendwie

an den Finanzdirektor. Ich habe damals gefragt: Wer beurteilt dann die Mitarbeiter dieser Stelle? Wer qualifiziert sie? Dies möchte ich auch heute noch wissen. Eine gewisse Abhängigkeit besteht einfach. Und diese wollen wir bei der Gebäudeversicherung nicht. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag von Annelies Keller zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Abstimmung

Mit 43 : 28 wird der Antrag von Annelies Keller auf Rückweisung der Wahl an die Regierung abgelehnt.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	78
Ungültig und leer	31
Gültige Stimmen	47
Absolutes Mehr	24

Es hat Stimmen erhalten und ist **gewählt**:

Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen	47
Vereinzelte	0

*

An dieser Stelle wird die Sitzung unterbrochen; die Wahlgeschäfte werden um 14.00 Uhr wieder aufgenommen.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr.